

Deutschland-Bad Nauheim: Dienstleistungen von Architekturbüros**OJ S 76/2022 19/04/2022****Wettbewerbsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte

Zentrale Vergabe

Postanschrift: Dieselstraße 1-7

Ort: Bad Nauheim

NUTS-Code: DE7 Hessen

Postleitzahl: 61231

Land: Deutschland

E-Mail: info.fbt@lbih.hessen.de

Fax: +49 6032/8862-126

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://vergabe.hessen.de>**I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Wettbewerb wird von einer zentralen Beschaffungsstelle organisiert

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://vergabe.hessen.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-17fded44dd2-72c1b5fd3759396

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.hessen.de>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Realisierungswettbewerb Neubau der Hochschule für Gestaltung Offenbach

Referenznummer der Bekanntmachung: VG-0433-2022-0660

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71420000 Landschaftsgestaltung

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Hochschule für Gestaltung Offenbach (HfG) plant die Realisierung ihres neuen Campus im Hafenviertel Offenbach. Das Neubauvorhaben soll im Rahmen des Hochschulbauprogramms HEUREKA des Landes Hessens realisiert werden. Die Standortverlagerung verspricht markante Bauwerke mit Ausstrahlung auf den multikulturellen und kreativen urbanen Kontext in Offenbach sowie der gesamten Metropolregion. Als Ort für neue künstlerische und gestalterische Ideen und Fragestellungen zukünftiger Generationen soll das Neubauvorhaben vor allem Ausdruck der Kunsthochschule des 21. Jahrhunderts sein. Innerhalb einer prozesshaften, robusten Architektur mit Werkstattcharakter sollen Raumgrößen und Proportionen so angeordnet werden, dass eine Nutzungsvielfalt, insbesondere durch Mehrfachnutzungen, ermöglicht wird. Einfach bespiel- und bearbeitbare Flächen im Innen- und Außenbereich sollen die Grundlage bilden für eine umfassend nutzbare Architektur aus Fassade, Boden, Wand und Decke. Der Klimaneutralität und Nachhaltigkeit des Gebäudekomplex HfG wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ein Studierendenwohnheim ergänzt den Gesamtgebäudekomplex HfG auf dem Campus.

Das Raumprogramm umfasst ca. 14.300 m² NUF (1-7) mit Räumen für Lehre und Forschung, Ateliers, Studios, Werkstätten, Seminar- und Ausstellungsräume, Büros, Aula, Mensa, Bibliothek und Infrastruktur. Hinzu kommt ein Studierendenwohnheim mit 92 Wohneinheiten, das ca. 1.780 m² NUF (1-7) umfasst.

Die Hochbauten werden ergänzt durch ein Freianlagenkonzept, das dem Campusgedanken mit seinen unterschiedlichen Zonierungen und den Außenraumnutzungen entspricht. Für die Hochbauten und die Freianlagen soll ein interdisziplinärer nichtoffener einphasiger Realisierungswettbewerb durchgeführt werden.

Die Auftragsvergabe erfolgt im nachgeschalteten Verhandlungsverfahren (§ 14 (4) 8. VgV), an dem die Preisträger beteiligt werden, in Anlehnung an die RPW 2013. Die den Verhandlungen zugrunde zu legenden Zuschlagskriterien werden dem/den Preisträger:innen rechtzeitig mitgeteilt. Der vergebene Preis im Wettbewerb nach RPW 2013 wird dabei mit 30% berücksichtigt, eine Konkretisierung des Wettbewerbsergebnisses mit 20%. Das Preisgericht wird an der Vergabekommission beteiligt. Bei Beauftragung wird eine Kostenobergrenze formuliert, die in der weiteren Bearbeitung einzuhalten ist. Zur Einhaltung der Kostenobergrenze verpflichten

sich die Wettbewerbsteilnehmenden erforderliche Anpassungen oder kostensenkende Korrekturen in allen Planungsstadien vorzunehmen. Ein Abruf der LPH 2-8 § 34 bzw. § 39 HOAI, mindestens jedoch bis zu LPH 3, ist vorgesehen.

Die beabsichtigten Beauftragungen erfolgen vorbehaltlich der haushaltrechtlichen Zustimmung der Geldgeber und gemäß RBBau Vertragsmuster stufenweise.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.10. Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer

Zur Bewerbung um die Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert sind Architekt:innen und Landschaftsarchitekt:innen. Sollten die beiden Fachdisziplinen nicht in einem Büro vorhanden sein, können Bewerbergemeinschaften gebildet werden. Die Auswahl erfolgt bei Erfüllung der Mindestkriterien, sofern die Zahl der Bewerbenden die Höchstzahl der aufzufordernden Bewerbenden überschreitet, auf Basis nachfolgender qualitativer Auswahlkriterien. Der Auslober behält sich das Recht vor, für den Fall gleichwertiger Bewerbungen per Los zu entscheiden.

Bewerbergemeinschaften füllen die Bewerbungsbögen individuell unter Angabe der jeweiligen Funktion aus.

Die geforderten Referenzen können kumuliert werden.

III.1.10.1 Mindestkriterien.

III.1.10.1.1 Formale Mindestkriterien:

Die Bewerbung muss form- und fristgerecht eingehen. Der Auslober wendet die §§ 56 u. 57 VgV an;

III.1.10.1.2) Mindestkriterien, die die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewerbenden betreffen:

a) Eigenerklärungen bezüglich Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, Selbstdienstleistungsmaßnahmen nach § 125 GWB,

Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung.

b) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue u. Mindestentgelt bei öffentl. Aufträgen nach d. Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S.338.

c.) Eigenerklärung bezüglich EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

d) Bestätigung der Berechtigung, die Berufsbezeichnung "Architekt:in" bzw. "Landschaftsarchitekt:in" gem. § 75 Abs. 1, 3 VgV zu führen.

e) Eigenerklärung, dass keine Teilnahmehindernisse gemäß § 4 Abs. 2 RPW 2013 vorliegen.

f) Nachweis über mind. 8 festangestellte Architekten:innen, Dipl.-Ing. Architektur, M.Sc., B.Sc. od. vergl. (einschl. Büroinhaber:innen).

g) Nachweis über mind. 2 festangestellte Landschaftsarchitekten:innen, Dipl.-Ing. Landschaftsarch., M.Sc., B.Sc. od. vergl. (einschl. Büroinhaber:innen);

h) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung jeweils für Architekt:in und Landschaftsarchitekt:in, Mindestdeckungssumme Personenschaden 3 Mio €, Sachschaden 5 Mio €.

Bei Bewerbergemeinschaften sind die Ziffer III.1.10.1.2) geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

III.1.10.1.3 Fachliche Mindestkriterien:

Planung von 3 Hochbaureferenzen (A-C) und 1 Freianlagenplanung (D), bei denen die folgenden Anforderungen erfüllt sein müssen:

i) Mind. eine Referenz A od. B und die Referenz D entsprechen mind. der Honorarzone IV (§35 bzw. §40 HOAI 2021 od. vergleichbar);

j) In mind. 1 Referenz A od. B und der Referenz D umfasst die referenzierte Tätigkeit mind. die LPH 2-4 sowie Teile von 5 (Leitdetails) und von 8 ("künstlerische Oberleitung") gem. HOAI oder vergleichbar;

k) Mind. 1 Referenz A od. B ist aus den Bereichen Kultur und Bildung;

l) Referenz D steht im Zusammenhang mit einem Gebäudeensemble (Projekte mit sich überlagernden Anforderungen von Erschließung und Aufenthaltsbereichen);

m) Mind 1 Hochbaureferenz (A od. B) und die Freianlage (Ref. D) müssen fertiggestellt sein, wobei die Fertigstellung nicht vor dem 1.1.2012 liegen darf;

n) Eine zusätzliche 'freie' Hochbaureferenz für z.B. ein experimentelles/temporäres Gebäude oder Innenraumgestaltung (Ref. C), aus dem die künstlerische Handschrift zu erkennen ist, ohne weitere Anforderungen;

- o) Die Referenzen A,B,D müssen mind. bis zu LPH 4 abgeschlossen sein;
- p) Die Referenzen A,B,D müssen innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag Einsendeschluss Teilnahmeanträge) ausgeführt worden sein (Beendigung der referenzierten Tätigkeit im Referenzzeitraum ist ausreichend);
- q) Die Referenzprojekte sind auf den beizufügenden Projektdatenblätter zu beschreiben und ergänzend bspw. mit Lageplan, bei Ref. A,B,C mit einem typischen Grundriss und in Zeichnungen oder Fotos in einem Projektblatt (1 DIN A4 quer) in ihrem Umfeld darzustellen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: jaBeruf angeben:
Architekten:innen und Landschaftsarchitekten:innen in zwingender Arbeitsgemeinschaft. Sind beide Fachdisziplinen nicht in einem Büro vorhanden, können Bewerbergemeinschaften gebildet werden.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.2. Art des Wettbewerbs

NichtoffenAnzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 25

IV.1.7. Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer

IV.1.9. Kriterien für die Bewertung der Projekte

Die eingehenden Arbeiten werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

- Städtebau und Qualität der Gesamtkonzeption
- Architektur- und Gestaltungsqualität
- Gebrauchs- und Nutzungsqualitäten
- Leistungs- und Programmfüllung mit Einhaltung der gewünschten Flächenvorgaben und der Anordnung bzw. der konzeptionellen Integration der in der Aufgabe benannten Bausteine
- Realisierungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahme, insbesondere die Einhaltung des festgelegten Kostenrahmens
- Nachhaltigkeit
- Energieeffizienz
- Barrierefreiheit

Die genannte Reihenfolge der Kriterien stellt keine Gewichtung dar. Das Preisgericht behält sich vor, die einzelnen Kriterien zu gewichten und zu differenzieren.

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 25/05/2022 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch

IV.3. Preise und Preisgericht

IV.3.1.

Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: jaAnzahl und Höhe der zu vergebenden Preise: Für den Wettbewerb nach RPW 2013 stellt der Auslober nach Abschluss der Bearbeitung eine Wettbewerbssumme von Euro 677.000,00 € (brutto, inkl. der derzeit gültigen MwSt. von 19%) zur Verfügung. Es ist folgende Aufteilung vorgesehen:

1. Preis 130.000,00 €
2. Preis 100.000,00 €
3. Preis 60.000,00 €
4. Preis 40.000,00 €
5. Preis 27.000,00 €

Anerkennung/en 20.000,00 €

Jeder Teilnehmende, der beurteilungsfähige Arbeiten einreicht, erhält ein Bearbeitungshonorar von 12.000,00 € (Summe bei 25 Teilnehmern = 300.000,00 €).

IV.3.2. Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer

IV.3.3. Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4. Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5. Namen der ausgewählten Preisrichter

Fachpreisrichter:innen (voraussichtlich):Kees Christiaanse, Architekt, RotterdamMirjam Niemeyer, Architektin, ZürichSibylle Waechter, Architektin, DarmstadtJean Heemskerk, Architekt, MannheimUlrike Kirchner, Landschaftsarchitektin, KelbergStefan Behnisch, Architekt, StuttgartKirsten Schemel, Architektin, BerlinStefan Haub, Architekt, Hessisches Ministerium der Finanzen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.3.1) Fortführung von III.1.10) Kriterien für die Auswahl der Teilnehmenden:

Qualitative Auswahlkriterien:

Erfüllen mehr Bewerbende die Mindestkriterien, als zum Wettbewerb zugelassen werden sollen, entscheidet der Auslober anhand folgender Auswahlkriterien und mithilfe eines Punktesystems über die Zulassung zur Teilnahme:

Der Auslober entscheidet anhand der architektonisch-städtebaulichen, lanschaftsplanerischen Qualität des/der Referenzprojekts/e (III.1.10.1.2) auf Grundlage der Projektblätter mithilfe eines Punktesystems über die Zulassung zur Teilnahme. Die Beurteilung erfolgt in einer Gesamtschau der eingereichten Referenzen durch ein Auswahlgremium des Auslobers mit Beratung durch von dem Auslober unabhängige:n Architekt:in und Landschaftsarchitekt:in (Beratende). Die Beurteilung erfolgt durch Zuordnung in eine der nachfolgenden Bewertungsstufen: Zu erwarten ist kein Beitrag = 0 P, ein ausreichender = 25 P, ein befriedigender = 50 P, ein guter = 75 P oder ein sehr guter Beitrag = 100 P. Jedes Mitglied des Auswahlgremiums erhält eine Stimme und vergibt Punkte in einer der 5 Bewertungsstufen. Jede Stimme zählt gleichwertig, d. h. der Auslober macht sich die

Beurteilung der Beratenden zu Eigen. Ergebnis der Bewertung ist der Mittelwert der Bewertungen. Darstellungsmängel in den Referenzunterlagen können zu Minderbewertungen führen.

VI.3.2) Fortführung von III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Der Zulassungsbereich umfasst sämtliche EWR-Mitgliedstaaten sowie Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Architekt:in od. Landschaftsarchitekt:in zu führen. Ist in dem Heimatstaat des Bewerbers die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Architekt:in od. Landschaftsarchitekt:in, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG - Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABI. EU Nr. L 255 S.22) entspricht.

Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßigen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn ein/e bevollmächtigte/r Vertreter:in der juristischen Person und der/die Verfasser:in der Wettbewerbsarbeit die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Telefon: +49 6151-12-0

Fax: +49 6151-12-6347

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Telefon: +49 6151-12-0

Fax: +49 6151-12-6347

VI.5.

Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

14/04/2022